

Handbuch Aufsichtsrat

Goette / Arnold

2021

ISBN 978-3-406-72433-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Goette/Arnold
Handbuch Aufsichtsrat

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Aufsichtsrat

Herausgegeben von

Professor Dr. Wulf Goette

Rechtsanwalt, Stuttgart
Vorsitzender Richter am BGH a.D.
Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Professor Dr. Michael Arnold

Rechtsanwalt, Stuttgart
Honorarprofessor an der Universität Tübingen

2021
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitievorschlag:
Bearbeiter in Goette/Arnold AR-HdB § ... Rn. ...

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72433 6

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nach einem berühmten dictum des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs (GELATINE) ist das deutsche Aktienrecht von einer „wohl austarierten Kompetenzverteilung“ der drei Organe Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand gekennzeichnet. Der Aufsichtsrat als das den Vorstand, der die Gesellschaft unter eigener Verantwortung leitet, retro- und prospektiv überwachende Organ hat im Laufe der Entwicklungsgeschichte des deutschen Aktienrechts eine immer größere Bedeutung gewonnen: Gerade die Fehlentwicklungen und Krisen in den letzten Jahrzehnten haben deutlich gemacht, wie wichtig die gewissenhafte Erfüllung der Überwachungsaufgabe für das Wohl der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, Arbeitnehmer, Gläubiger und des Gemeinwesens ist; zu Recht spricht man von der zunehmenden „Professionalisierung des Aufsichtsrats“.

Es reicht jedoch nicht, dass nach dem Gesetz die aktienrechtliche Kompetenzordnung „wohl austariert“ ist. Die gesetzliche Pflichtenzuweisung muss auch entsprechend umgesetzt werden. Hier kann es zu Konflikten bei der Aufgabenerfüllung kommen, vor allem wenn das eine oder andere Organ zu sehr in den nicht immer trennscharf abgegrenzten, sondern sich zT überschneidenden Kompetenzbereich des anderen Organs unangemessen übergreift. Jeder Berater eines Gesellschaftsorgans muss sich diese möglichen Konfliktlinien vergegenwärtigen und ihnen Rechnung tragen.

Gleiss Lutz als eine der renommiertesten, großen deutschen Wirtschaftskanzleien verfügt über jahrzehntelange tiefgreifende und breitflächige Expertise aus der Beratung aller drei Organe einer Aktiengesellschaft und ist deswegen in besonderer Weise befähigt, durch seine Angehörigen alle in Rede stehenden Probleme des Zusammenwirkens der Gesellschaftsorgane aus den unterschiedlichen Perspektiven zu beurteilen. Vor diesem Hintergrund haben sich die beiden Herausgeber entschlossen, ein Team „von Kennern der Materie“ aus der Mitte der Kanzlei zusammenzuführen und auf der Grundlage dieses breitgefächerten Know How eine umfassende, wissenschaftlich fundierte, aber die praktischen Erfordernisse „aus einem Guss“ behandelnde Darstellung der Aufgaben, Befugnisse und Pflichten des Aufsichtsrats einer deutschen Aktiengesellschaft vorzulegen. Im Mittelpunkt steht die Darstellung der Zusammensetzung und der Inneren Ordnung des Aufsichtsrats, seiner Überwachungs-, Einwirkungs-, Personal-, Vertretungs- und Mitwirkungskompetenz. Sie behandelt den Sonderprüfer, den Besonderen Vertreter und den aus dem angelsächsischen Rechtsbereich stammenden Monitor, stellt eingehend die Pflichten und Sanktionen für fehlerhaftes Verhalten der Aufsichtsratsmitglieder und das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat dar und widmet ferner dem mitbestimmten Aufsichtsrat und dem Aufsichtsrat im Konzern eigene Kapitel. Ergänzend angefügt sind ein dem Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen gewidmetes und – aus aktuellem Anlass – ein Kapitel über die COVID-Sondergesetzgebung.

Es war für alle Beteiligten eine große Herausforderung, neben der Bearbeitung großer, höchst anspruchsvoller Mandate dieses Programms einigermaßen zeitgerecht abzuschließen, zumal in der Endphase ARUG II und die Covid-Sondergesetzgebung einzuarbeiten waren. Ohne die Unterstützung einer Reihe von Mitarbeitern der Kanzlei hätte sich dieses Programm nicht bewältigen lassen. Herausgeber und Autoren danken deswegen *Florian Bollmann, Dr. Christoph Brünger, Frank Buchhöcker, Lisa Diana Deckers, Nicolas Dietzel, Johanna Dirkes, Rieke Dolde, Sebastian Ernst, Dr. Charlotte Evers, Jessica Ferreira Rocha, Patrick Feser, Anna Gralla, Minh Duc Ha, Elena Himmelmann, Jonas Hofer, Silke Hoffmann, Jan Homann, Dr. Hilmar Hüttgen, Fabian Köpcke, Miriam Lück, Nils Maiwurm, Dr. Joscha Meyer, Maximilian Moosmann, Megan Müller, Patrick Müller, Tina Müller, Holger Nemetz, Dominik Pohlmann, Corinna Richter, Angelina Rosiak, Jennifer Salzmann, Lars Sander, Mathis Schaller, Mara Schmidt-Klie, Pia Schneider, Laurids Schommers, Lisa Setzer, Ricarda Zeh, Valentin Zemmrich* sehr herzlich für ihre zuverlässige Mitwirkung bei der Zusammenstellung des weit gefächerten Stoffs und der steten Bereitschaft zu zielführender Diskussion der zT schwierigen Fragestellungen. Besonderer Dank gilt Herrn Referendar *Nicholas Brand*, der unermüdlich den Manuskriptlauf überwacht, koordinierend eingegriffen und vor allem zuverlässig die beiden Register erstellt hat. Frau von Bonhorst und dem Verlag danken wir für die fürsorgliche Begleitung der Manuskripterstellung und für die große Geduld mit den eingetretenen, unvermeidlichen Verzögerungen.

Herausgeber, Autoren und Verlag würden sich sehr freuen, wenn dieses „Handbuch des Aufsichtsrats“ Hilfen und Anleitungen vor allem für die mit den praktischen Fragen des Aktienrechts befassten Kreise, ebenso aber Anregungen für die Wissenschaft bieten würde, der oftmals der unmittelbare Zugang zu den die aktienrechtliche Praxis bewegenden Fragen fehlt. Anregungen für die Diskussion sind hochwillkommen.

Stuttgart im Februar 2021

*Professor Dr. Michael Arnold
Professor Dr. Wulf Goette*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Bearbeiter

Professor Dr. Michael Arnold

Rechtsanwalt, Stuttgart

Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Professor Dr. Christian Arnold, LL.M. (Yale)

Rechtsanwalt, Stuttgart

Honorarprofessor der Universität Mannheim

Dr. Adrian Bingel, LL.M. (Chicago), Dipl.-Kfm.

Attorney-at-Law (New York) Rechtsanwalt, Stuttgart

Peter Steffen Carl

Rechtsanwalt, München

Dr. Matthias Gärtner

Rechtsanwalt, Düsseldorf

Professor Dr. Wulf Goette

Rechtsanwalt, Stuttgart

Vorsitzender Richter am BGH a.D.

Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Dr. Cornelius Götze, LL.M. (Cornell)

Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt am Main

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Martin Hitzer

Rechtsanwalt, Düsseldorf

Dr. Maximilian von Rom

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Roßkopf, LL.M. (London)

Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Vera Rothenburg

Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Dirk Wasmann

Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Fred Wendt

Rechtsanwalt, Hamburg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet

§ 1 Einleitung

Rn. 1–17	Michael Arnold
Rn. 18–79	Wulf Goette
Rn. 80–123	Michael Arnold
Rn. 124–143	Wulf Goette

§ 2 Zusammensetzung

Gabriele Roßkopf

§ 3 Innere Ordnung

Rn. 1–389	Peter Steffen Carl
Rn. 390–576	Adrian Bingel

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

A. Überwachungskompetenz

Rn. 1–212	Michael Arnold
Rn. 213–380	Vera Rothenburg

B. Einwirkungskompetenz

Rn. 381–498	Michael Arnold
-------------------	----------------

C. Personalkompetenz

Rn. 499–1182	Matthias Gärtner
Rn. 1183–1820	Christian Arnold
Rn. 1821–1944	Matthias Gärtner
Rn. 1945–2046	Hansjörg Scheel
Rn. 2047–2159	Matthias Gärtner
Rn. 2160–2266	Dirk Wasmann

D. Vertretungskompetenz

Rn. 2267–2338	Vera Rothenburg
Rn. 2339–2448	Wulf Goette

E. Mitwirkungskompetenz

Rn. 2449–2551	Vera Rothenburg
Rn. 2552–2643	Dirk Wasmann
Rn. 2644–2664	Michael Arnold
Rn. 2665–2686	Peter Steffen Carl

F. Sonderprüfer

Rn. 2687–2851	Michael Arnold
---------------------	----------------

G. Besonderer Vertreter

Rn. 2852–2921	Gabriele Roßkopf
---------------------	------------------

H. Monitor

Rn. 2922–3030	Martin Hitzer
---------------------	---------------

§ 5 Pflichten und Sanktionen

Rn. 1–165	Martin Hitzer
Rn. 166–183	Matthias Gärtner
Rn. 184–201	Wulf Goette

§ 6 Vergütung und Auslagenersatz

Dirk Wasmann/
Matthias Gärtner

§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat

Christian Arnold

§ 8 Aufsichtsrat im Konzern

Fred Wendt

Im Einzelnen haben bearbeitet

§ 9 Der Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen

Rn. 1–61	Gabriele Roßkopf
Rn. 62–176	Vera Rothenburg
Rn. 177–226	Wulf Goette
Rn. 227–286	Vera Rothenburg

§ 10 Der Aufsichtsrat in der Corona-Krise

Rn. 1–67	Cornelius Götz
Rn. 68–155	Maximilian von Rom

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Die Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsübersicht	XI
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLIX
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Zusammensetzung	35
§ 3 Innere Ordnung	89
§ 4 Aufgaben und Kompetenzen	205
§ 5 Pflichten und Sanktionen	885
§ 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	925
§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat	997
§ 8 Aufsichtsrat im Konzern	1107
§ 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen	1151
§ 10 Der Aufsichtsrat in der Corona-Krise	1205
Entscheidungsregister	1229
Sachverzeichnis	1273

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Die Bearbeiter	VII
Im Einzelnen haben bearbeitet	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLIX

§ 1 Einleitung

I. Aufgaben und Kompetenzen	2
1. Überwachungskompetenz	2
2. Beratungs- und Einwirkungskompetenz	2
3. Personalkompetenz	3
4. Vertretungskompetenz	4
5. Mitwirkungskompetenz	4
II. Pflichten	5
1. Sorgfalt und Haftung einschließlich D&O	5
a) Grundlagen	5
b) Sorgfaltmaßstab	5
c) Pflichten	5
d) Schuldhafte Pflichtverletzung und Haftung	7
e) Anspruchsverfolgung, Verzicht und Vergleich, D&O Versicherung	8
2. Insbesondere: Verschwiegenheitspflicht	9
3. Insbesondere: Datenschutz	9
4. Insbesondere: Kapitalmarktrechtliche Pflichten	9
III. Rechte	10
1. Informationsrecht	10
2. Teilnahmerecht	10
3. Einberufungsverlangen	10
4. Vergütung	10
5. Kreditgewährung	11
6. Budgetrechte des AR?	11
IV. Rechtsquellen und Geschichte	11
1. AktG	12
2. Satzung	12
3. Geschäftsordnung	13
4. Mitbestimmungsgesetze	13
5. HGB	14
6. Weitere Gesetze	14
7. DCGK	14
8. Europäisches Recht	17
9. Geschichte des Aufsichtsrats	17
V. Grundprinzipien	21
1. Unternehmensinteresse	21
2. Gleichbehandlung und Gleichberechtigung	23
a) Aufsichtsratsmitglieder	23
b) Aufsichtsrat und Vorstand	23
c) Aktionäre	23
3. Persönliche Amtswahrnehmung	24
4. Weisungsfreie Amtsführung	25
5. Selbstorganisationsrecht	25
VI. Mitbestimmter Aufsichtsrat	26
1. MitbestG	26
a) Anwendung des MitbestG	26
b) Bildung, Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	26
c) Wahl, Ausscheiden und Schutz der Arbeitnehmervertreter	27

Inhaltsverzeichnis

d) Innere Ordnung und Tätigkeit des Aufsichtsrats	28
2. DrittelpG	29
a) Anwendung des DrittelpG	29
b) Besonderheiten nach dem DrittelpG	29
VII. Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen	29
1. KGaA	30
2. SE	30
3. GmbH	31
4. Genossenschaft	32
§ 2 Zusammensetzung	
I. Allgemeines	37
1. Zusammensetzung	37
a) Rechtsgrundlagen	37
b) Mitbestimmte Aufsichtsräte	40
c) Rechtsfolge bei Verstoß	40
2. Geschlechterquote	41
a) Zwingende Geschlechterquote (§ 96 Abs. 2 AktG)	41
b) Festlegung von Zielgrößen für Frauenquote (§ 111 Abs. 5 AktG)	41
c) Rechtsfolgen bei Verstoß	43
II. Persönliche Voraussetzungen	44
1. Gesetzliche Voraussetzungen, § 100 Abs. 1 AktG	44
2. Gesetzliche Hinderungsgründe	44
a) Nach AktG	44
b) Nach anderen Gesetzen	50
3. Eignung	50
4. Unabhängigkeit	51
5. Interessenkonflikt	52
6. Persönliche Voraussetzungen in der Satzung	53
7. Besondere Voraussetzungen	54
a) Arbeitnehmervertreter	54
b) Finanzexperten und Sektorenkenntnis, § 100 Abs. 5 AktG	54
8. Rechtsfolgen des Fehlens persönlicher Voraussetzungen oder Vorliegens von Hinderungsgründen	55
a) Verstoß gegen § 100 Abs. 1, 2 AktG	55
b) Verstoß gegen von der Satzung geforderte persönliche Voraussetzungen	56
c) Verstoß gegen § 100 Abs. 5 AktG	56
d) Verstoß gegen § 105 Abs. 1 AktG	58
e) Verstoß gegen Vorgaben in Bezug auf Eignung, Unabhängigkeit, Interessenkonflikt	58
f) Besonderheiten für entsandte Mitglieder	58
g) Verstoß bei gerichtlicher Bestellung	58
9. Ehrenvorsitzende, Ehrenmitglieder	59
III. Bestellung	59
1. Wahl der Anteilseignervertreter	60
a) Wahlvorschlag	60
b) Durchführung der Wahl	61
c) Wahlabreden	63
d) Annahme der Wahl und Amtsbeginn	64
e) Erster Aufsichtsrat	64
2. Wahl der Arbeitnehmervertreter	64
3. Entsendung durch Aktionäre	65
a) Einräumung und Ausgestaltung	65
b) Entsendungsberechtigter	65
c) Ausübung des Entsendungsrechts	65
d) Höchstzahl	66
4. Gerichtliche Bestellung	67
a) Allgemeines	67
b) Beschlussunfähigkeit, § 104 Abs. 1 AktG	67
c) Unvollständigkeit, § 104 Abs. 2 AktG	68

d) Voraussetzungen der Unterbesetzung	68
e) Antragserfordernis	69
f) Zuständigkeit	69
g) Gerichtliche Entscheidung	69
h) Rechtsstellung der gerichtlich bestellten Aufsichtsratsmitglieder	70
5. Fehlerhafte Bestellung	70
IV. Amtszeit	71
1. Beginn und Ende der gesetzlichen Amtszeit	71
2. Besondere Satzungsregelungen	72
3. Wiederbestellung	73
4. Sonderfälle	74
a) Arbeitnehmervertreter	74
b) Entsendte Mitglieder	74
c) Gerichtlich bestellte Mitglieder	74
d) Erster Aufsichtsrat	75
V. Vorzeitige Beendigung	75
1. Wegfall persönlicher Voraussetzungen	75
2. Abberufung	76
a) Von der Hauptversammlung frei gewählte Aufsichtsratsmitglieder, § 103 Abs. 1 AktG	76
b) Entsendte Aufsichtsratsmitglieder, § 103 Abs. 2 AktG	77
c) Gerichtliche Abberufung, § 103 Abs. 3 AktG	78
d) Besonderheiten bei gerichtlich bestellten Mitgliedern	81
e) Besonderheiten bei Arbeitnehmervertretern	82
3. Amtsniederlegung	82
4. Erfolgreiche Anfechtungsklage	83
5. Tod	84
6. Gesellschaftsbezogene Beendigungsgründe	84
VI. Besonderheiten bei Ersatzmitgliedern	84
1. Allgemeines	84
2. Bestellung	85
3. Nachrücken	86
4. Ausscheiden	86
VII. Bekanntmachungspflichten hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	87
1. Bekanntmachungen im Handelsregister	87
2. Sonstige Publizitätspflichten	88

§ 3 Innere Ordnung

I. Selbstorganisationsrecht	92
1. Autonomiebereich	92
2. Satzungsregelungen	93
3. Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats	93
a) Diversität und Diversitätskonzept	94
b) Ziele für Zusammensetzung und Kompetenzprofil	95
II. Aufsichtsratsvorsitzender	96
1. Wahl	96
a) Wahlverfahren	96
b) Gerichtliche Bestellung	100
c) Amtszeit	100
d) Abberufung	101
e) Niederlegung	103
2. Mitteilungspflichten der Gesellschaft	104
a) Anmeldung zum Handelsregister	104
b) Angabe auf Geschäftsbriefen	104
3. Besondere Rechte und Pflichten des Aufsichtsratsvorsitzenden	104
a) Leitungsaufgaben	105
b) Berichtsempfang und Informationspflichten	108
c) Entscheidung über Sitzungsteilnahme von Dritten	109
d) Austausch mit Vorstandsvorsitzendem	112
e) Repräsentationsaufgaben	113

Inhaltsverzeichnis

f) Sonstige Repräsentationsaufgaben	116
g) Koordination der Aufsichtsratstätigkeit	116
h) Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit	116
i) Ausstattung des Aufsichtsratsvorsitzenden	117
j) Hilfsgeschäfte des Aufsichtsratsvorsitzenden	117
k) Hauptversammlung	117
l) Registeranmeldungen	117
4. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender	118
a) Wahl	118
b) Anzahl der Stellvertreter	118
c) Reihenfolge der Stellvertreter	118
d) Verhinderungsfall	118
e) Befugnisse	119
5. Ehrenvorsitzender	119
a) Zuständigkeit für die Ernennung	119
b) Keine Publizitätspflichten	120
c) Rechtliche Stellung	120
d) Haftung	121
e) Finanzielle Aspekte	121
III. Plenum	122
1. Autonomiebereich des Plenums	122
2. Geschäftsordnung	122
a) Zuständigkeit	123
b) Regelungsmöglichkeiten	123
c) Geltungsdauer	124
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung	124
3. Selbstbeurteilung	125
a) Ziel	125
b) Zuständigkeit	126
c) Gegenstand	126
d) Methodik	126
e) Frequenz	126
f) Auswertung und Dokumentation	127
IV. Ausschüsse	127
1. Bildung von Ausschüssen	127
a) Aufsichtsratsbeschluss	128
b) Größe von Ausschüssen	128
c) Dauer	129
d) Besetzung von Ausschüssen	129
e) Ausschussvorsitz	132
2. Beratende und beschließende Ausschüsse	132
a) Kompetenzzuweisung	132
b) Grenzen der Delegation	133
3. Präsidium / Personalausschuss	135
4. Vermittlungsausschuss	136
5. Prüfungsausschuss	136
a) Einrichtung	137
b) Aufgabenbereich	137
c) Besetzung	142
6. Nominierungsausschuss	144
7. Sonderausschüsse	146
a) Ausschüsse im Finanzsektor	146
b) Ausschuss für Geschäfte mit nahestehenden Personen	146
c) Compliance-Ausschuss	150
d) Beteiligungsausschuss in mitbestimmten Gesellschaften	150
e) Projektbezogene Ausschüsse	150
8. Innere Ordnung	151
a) Regelungszuständigkeit	151
b) Geschäftsordnung von Ausschüssen	151
c) Aufgaben des Ausschussvorsitzenden	152

d) Entscheidung über Teilnahme an Ausschusssitzungen	153
9. Berichtspflichten	157
10. Überwachung der Ausschussarbeit	158
11. Informelle Gremien	159
12. Besondere Anforderungen an Ausschussmitglieder	159
V. Einberufung und sonstige Vorbereitung	160
1. Einberufung	160
a) Grundsätzliche Zuständigkeit	160
b) Rechtsnatur	160
c) Form und Frist	161
d) Häufigkeit, Verteilung der Termine, außerordentliche Sitzungen	161
e) Ort, Zeit und Tagesordnung	162
f) Verteilung der Unterlagen	163
g) Einberufungsmängel	164
h) Einberufungsverlangen nach § 110 Abs. 1 AktG	164
i) Selbsthilferecht nach § 110 Abs. 2 AktG	166
2. Sonstige Vorbereitung	167
VI. Beschlussfassung	168
1. Entscheidung/Beschluss	168
a) Begriffe und Rechtsnatur	168
b) Ausdrückliche Beschlussfassung	169
c) Zustandekommen des Beschlusses	170
d) Geheime Abstimmung	170
e) Mehrheitserfordernis	171
f) Stimmrecht und Stimmverbot	172
2. Beschlussfähigkeit	173
3. Stimmabgabe ohne Präsenz	174
a) Schriftliche Stimmabgabe	174
b) Beschlussfassung ohne Sitzung	176
4. Fehlerhafte Beschlüsse	177
VII. Sorgfarts- und Verschwiegenheitspflicht	179
1. Sorgfaltspflicht	179
a) Allgemeiner Maßstab	179
b) Qualifikationsanforderungen	180
c) Besondere Funktionsträger	181
d) Spezifische Sorgfaltspflichten	182
2. Verschwiegenheitspflicht	184
a) Reichweite der Verschwiegenheitspflicht	184
b) Definition der vertraulichen Information	185
c) Entscheidung über Offenlegung	186
d) Verpflichteter Personenkreis	187
e) Informationsempfänger	188
f) Einbeziehung von Beratern	189
g) Einschaltung sonstiger Hilfspersonen	190
h) Sitzungsteilnehmer	191
i) Konzernsachverhalte	191
j) Rechtsfolgen	192
k) Maßnahmen zur Steigerung der Vertraulichkeit in der Praxis	192
3. Exkurs: Datenschutz	194
a) Überblick	194
b) Datenschutzrechtliche Stellung und Pflichten des Aufsichtsrats	195
c) Kontrolle des Aufsichtsrats durch den Datenschutzbeauftragten der Gesellschaft	195
VIII. Dokumentation	196
1. Protokoll	196
a) Protokollierungspflicht	196
b) Unterzeichnung der Niederschrift	197
c) Form der Niederschrift	197
d) Inhalt der Niederschrift	198
e) Berichtigung und Widerspruch	199

Inhaltsverzeichnis

f) Folgen bei Unzulänglichkeiten	199
g) Abschriften	200
h) Vorlage von Niederschriften	200
2. Aufbewahrung von Unterlagen	201
a) Archivierung durch die Gesellschaft	201
b) Aufbewahrung durch Aufsichtsratsmitglieder	202
c) Rückgabe von Unterlagen	203
§ 4 Aufgaben und Kompetenzen	
A. Überwachungskompetenz	227
I. Grundlagen der Zuständigkeit des Aufsichtsrats	227
1. § 111 Abs. 1 AktG	227
2. Bedeutung der Überwachungsaufgabe	228
3. Einfluss des Aufsichtsrats	228
4. Beratung als Teil der Überwachung	228
II. Gegenstand und zeitlicher Umfang	229
1. Die Geschäftsführung als Überwachungsgegenstand	229
a) Begriff der Geschäftsführung	229
b) Überwachung der wesentlichen Leitungsmaßnahmen des Vorstands	229
2. Personelle Reichweite der Überwachung	230
a) Vorstandsmitglieder	230
b) Leitende Angestellte	230
3. Sitzungshäufigkeit und zeitliche Anforderungen	230
III. Inhalt der Überwachungspflicht	232
1. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat als Grundlage der Überwachung (§ 90 AktG)	232
a) Allgemeines	232
b) Regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand (§ 90 Abs. 1 AktG)	234
c) Berichte auf Verlangen des Aufsichtsrats (§ 90 Abs. 3 AktG)	238
d) Ordnungsgemäße Berichterstattung (§ 90 Abs. 4 AktG)	241
e) Informationsrecht des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds (§ 90 Abs. 5 AktG)	241
f) Verstoß gegen die Berichtspflicht	242
2. Sorgfaltsmäßigstes bei der Überwachung	243
a) Rechtmäßigkeit	243
b) Ordnungsmäßigkeit	243
c) Wirtschaftlichkeit	244
d) Zweckmäßigkeit	244
3. Art und Intensität der Überwachung	244
a) Normallage	245
b) Sonderlage	245
4. Vergangenheitsbezogene Überwachung	246
a) Ermittlung des Sachverhalts	246
b) Beurteilung des Sachverhalts	246
c) Unterrichtung des Vorstands	246
5. Prüfungs- und Berichtspflicht gem. § 171 AktG	247
a) Jahresabschluss	247
b) Lagebericht	249
c) Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns	249
d) CSR-Bericht	250
e) Berichtspflicht über das Ergebnis schriftlich an die Hauptversammlung	250
6. Errichtung eines Risikoüberwachungssystems durch den Vorstand, § 91 Abs. 2 AktG	253
7. Einholung von Rechtsrat und Sachverständigengutachten	254
a) Beauftragung gem. § 111 Abs. 2 S. 2 AktG	254
b) Beauftragung außerhalb von § 111 Abs. 2 S. 2 AktG	256
8. Prüfungsausschuss	257
a) Allgemein	257
b) Aufgaben	258
9. Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer	261

IV. Form der Erfüllung der Überwachungsaufgabe durch den Aufsichtsrat	261
1. Teilhaberechte und -pflichten der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder an der Meinungsbildung im Aufsichtsrat	262
2. Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	263
a) Präventive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	263
b) Reaktive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats	268
V. Compliance Verantwortung und Internal Investigation	271
1. Einleitung	271
a) Begriff	271
b) Zweck	271
2. Überwachung der Geschäftsführung nach § 111 AktG	272
a) Allgemeine Zuständigkeit des Aufsichtsrats für Überwachung	272
b) Organinterne Wahrnehmung	272
3. Präventive Compliance-Pflicht des Vorstands	273
4. Mindestanforderungen an eine Compliance-Organisation	273
a) Prüfungsstandards für eine Compliance Organisation	273
b) Zuordnung von Verantwortlichkeiten	274
c) Risikoanalyse als Informationsgrundlage	276
d) Berichtssystem	276
e) Unternehmenskultur und Bewusstsein für Compliance	278
5. Compliance im Konzern	279
a) Konzernweite Compliance	279
b) Die Rolle des Aufsichtsrats bei konzernweiter Compliance	280
6. Repressive Compliance-Pflicht des Vorstands	281
a) Untersuchungs- und Aufklärungspflicht	281
b) Abstellen des Compliance-Verstoßes	284
c) Sanktionierung von Fehlverhalten (Arbeitsrechtliche Maßnahmen)	284
d) Anspruchsprüfung/-abwehr	285
e) Änderung/Verbesserung des Compliance-Systems	285
7. Die Überwachungspflicht des Aufsichtsrats	286
a) Inhalt	286
b) Intensität der Überwachung	286
c) Instrumente im Einzelnen	287
8. Originäre Compliance-Pflicht des Aufsichtsrats	289
a) Personelle Maßnahmen	289
b) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	289
c) Eigene Sachverhaltsermittlung	289
9. Aufsichtsratsinterne Compliance	292
a) Interessenkollision	293
b) Rechtswidrige Beschlüsse	293
c) Beraterverträge	293
10. Berichtspflicht in der Hauptversammlung	294
 B. Einwirkungs- und Beratungskompetenz	294
I. Ausgangspunkt: Geschäftsführungsverbot, § 111 Abs. 4 S. 1 AktG	294
II. Einwirkung durch Beratung	294
III. Einwirkung durch Zustimmungsvorbehalte, § 111 Abs. 4 S. 2 AktG	295
1. Grundlagen	295
2. Begründung von Zustimmungsvorbehalten	296
3. Inhaltliche Ausgestaltung	298
a) Reichweite und Grenzen von Zustimmungsvorbehalten	298
b) Zulässige Gegenstände	302
4. Erteilung der Zustimmung	303
a) Zuständigkeit	303
b) Entscheidung über die Zustimmung	304
c) Zeitpunkt der Zustimmung	305
d) Reichweite der Zustimmung	306
e) Eilbedürftige Geschäfte	306
f) Generalzustimmung	307
g) Nicht zustimmungspflichtige Geschäfte	307

Inhaltsverzeichnis

5. Versagung der Zustimmung	307
a) Wirkung der Versagung	307
b) Ersetzung der Zustimmung durch die Hauptversammlung	308
IV. Exkurs: Zustimmungsvorbehalte bei Related Party Transactions	308
1. Geschäfte mit nahestehenden Personen, § 111a Abs. 1 AktG	309
a) Geschäft	309
b) Nahestehende Person	309
c) Ausnahme für reguläre Geschäfte, § 111a Abs. 2 AktG	310
d) Ausnahmen im Konzern, § 111a Abs. 3 AktG	315
e) Schwellenwert	316
2. Rechtsfolgen	318
a) Zustimmungsvorbehalt, § 111b Abs. 1 AktG	318
b) Zustimmungsverfahren	318
c) Veröffentlichungspflicht, § 111c AktG	321
3. Bedeutung und Folgen für die Praxis	321
C. Personalkompetenz	322
I. Organstellung	322
1. Bestellung der Vorstandsmitglieder (§ 84 Abs. 1 AktG)	322
a) Rechtsnatur der Bestellung	323
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums	323
c) Vorbereitung der Entscheidung	323
d) Entschließungsfreiheit	327
e) Zusammensetzung des Vorstands	333
f) Persönliche Voraussetzungen	338
g) Beschlussfassung im Aufsichtsrat	349
h) Befristete und bedingte Bestellung	352
i) Begrenzung der Amtszeit	355
j) Ermessen	356
k) Zuweisung eines Geschäftsbereichs	357
l) Annahme der Bestellung	357
m) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung)	358
n) Datenschutzrechtliche Vorgaben	358
2. Wiederbestellung und Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 2 AktG)	359
a) Entscheidung über die Wiederbestellung	359
b) Verbot einer unzulässigen Vorabinbindung des Aufsichtsrats	359
c) Einvernehmliche vorzeitige Aufhebung der Bestellung und Wiederbestellung	361
d) Aufschiebend bedingte oder befristete Wiederbestellung	362
e) Zuweisung des Geschäftsbereichs, Geschäftsleitungsmandate und Nebentätigkeiten, Handelsregister	362
3. Automatische Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 4 AktG)	363
4. Fehlerhafte Bestellung und faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen	363
a) Lehre von der fehlerhaften Organstellung	363
b) Faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen	365
c) Fortsetzung der Tätigkeit eines wirksam bestellten Vorstandsmitglieds	365
5. Widerruf der Bestellung (§ 84 Abs. 3 AktG)	365
a) Wirkung des Widerrufs	365
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums	366
c) Ad hoc-Publizitätspflicht	366
d) Wichtiger Grund	366
e) Kein Beurteilungsspielraum, aber Ermessen	379
f) Anhörung?	381
g) Benachteiligungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	381
h) Verwirkung	382
i) Entschließungsfreiheit	382
j) Beschlussfassung im Aufsichtsrat	382
k) Widerrufserklärung, Befristung, Bedingung	383
l) Zugang der Widerrufserklärung beim Vorstandsmitglied	384
m) Rechtsschutz des Vorstandsmitglieds	386

n) Umgang mit einem Schwebezustand	391
o) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung)	392
6. Amtsniederlegung	392
a) Form, Inhalt	392
b) Befristung, Bedingung	393
c) Zugang	393
d) Wichtiger Grund als Wirksamkeitsvoraussetzung?	394
e) Unwirksamkeit bei Rechtsmissbrauch	395
f) Auswirkungen auf den Anstellungsvertrag	395
g) Auswirkungen auf andere Konzernmandate	396
h) Pflichten des Aufsichtsrats	397
i) Verpflichtung zur Amtsniederlegung?	397
7. Einvernehmliche Amtsbeendigung	398
a) Zulässigkeit	398
b) Verfahren	398
c) Entscheidung des Aufsichtsrats	398
8. Suspendierung	399
a) Einseitige Suspendierung	399
b) Einvernehmliche Suspendierung	401
c) Verfahren für die einseitige und die einvernehmliche Suspendierung	402
d) Zeitliche Grenzen einer zulässigen Suspendierung	403
e) Rechtsfolgen einer zulässigen Suspendierung	404
f) Entscheidung über die Suspendierung, Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand	406
g) Reaktionsmöglichkeiten des Vorstandsmitglieds bei einseitiger Suspendierung	407
h) Suspendierung der Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden	407
9. Einvernehmliche Freistellung/Dienstbefreiung	407
a) Inhalt, Zulässigkeit und Voraussetzungen	407
b) Verfahren	408
c) Rechte und Pflichten des dienstbefreiten Vorstandsmitglieds	408
d) Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand	409
10. Vorsitzender des Vorstands (§ 84 Abs. 2 AktG)	410
a) Keine zwingende Satzungsvorgabe	410
b) Verfahren	410
c) Dauer und Verlängerung der Ernennung, aufschiebende Bedingung und Befristung, automatische Verlängerung	411
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe und Rechnungslegung)	412
e) Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden	412
f) Arbeitsdirektor als Vorstandsvorsitzender?	413
g) Zwei Vorstandsvorsitzende?	414
h) Beendigung der Ernennung	414
i) Vorstandssprecher	415
11. Arbeitsdirektor	416
12. Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 94 AktG)	417
a) Begriff, Hintergrund, Ermessen des Aufsichtsrats	417
b) Aufgaben und Befugnisse, Bestellung zum Arbeitsdirektor	417
c) „Hoch-“ und „Herabstufung“	418
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung)	418
13. Aufsichtsratsmitglieder als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 105 Abs. 2 AktG)	419
a) Normzweck	419
b) Voraussetzungen	419
c) Wirkungen der Stellvertretung, Rechte und Pflichten des Stellvertreters	422
d) Rechte und Pflichten des vertretenen Vorstandsmitglieds	423
e) Rechtsfolgen bei Nicht-Vorliegen der Voraussetzungen für die Bestellung zum Stellvertreter	424
f) Entscheidung des Aufsichtsrats	424
g) Annahme, Beginn und Ende der Stellvertretung	425
h) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung, Liste der Aufsichtsratsmitglieder)	426

Inhaltsverzeichnis

i) Modifikationen oder Ausschluss der Möglichkeit, Aufsichtsratsmitglieder zum Stellvertreter zu bestellen?	427
14. Der erste Vorstand (§ 30 Abs. 4 AktG)	428
a) Bestellung	428
b) Annahme der Bestellung, Dauer der Amtszeit, Widerruf	429
c) Aufgaben und Verantwortlichkeit	429
d) Vergütung	429
15. Gerichtliche Bestellung von Vorstandsmitgliedern (§ 85 AktG)	430
a) Regelungszweck	430
b) Bestellungsvoraussetzungen	430
c) Verfahren	434
d) Besondere Vorstandsmitglieder	438
e) Organpflichten, Vertretungs- und Geschäftsführungsbefugnis	439
f) Amtsduer, Befristung	440
g) Widerruf der Bestellung	441
h) Sonstige Beendigungsgründe	443
i) Weitere Bestellung bei fortbestehender Dringlichkeit	443
j) Kein Austausch ohne vorherige Aufhebung oder Beendigung der Bestellung	444
k) Auslagenersatz und Vergütung (§ 85 Abs. 3 AktG)	444
l) Rechtsmittel gegen die gerichtliche Entscheidung über einen Bestellungsantrag	445
16. Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Entlastung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder (§§ 120, 119 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	446
a) Entlastungentscheidung der Hauptversammlung	446
b) Kein Anspruch auf Entlastung	461
c) Informationspflichten	461
d) Inhaltliche Bindung der Hauptversammlung	468
e) Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats für die Entlastungsentscheidung (§ 124 Abs. 3 S. 1 AktG)	473
f) Anträge von Aktionären (§ 122, § 126 AktG)	478
II. Anstellungsverhältnis	479
1. Begriff und Rechtsnatur	479
a) Anstellungsvertrag	479
b) Abgrenzung zur Bestellung zum Organmitglied	479
c) Vorstandsmitglieder als Arbeitnehmer?	480
d) Sozialversicherungsrechtliche Behandlung	485
2. Begründung des Anstellungsverhältnisses	488
a) Vertragsschluss und Zuständigkeit	488
b) Vertragsdauer	491
c) Schutz des Organmitglieds	492
d) Drittanstellung/Drittvergütung	495
e) Mängel bei Vertragsschluss und deren Rechtsfolgen	499
f) Auswirkung auf ein bereits bestehendes Arbeitsverhältnis	501
3. Vergütung	503
a) Allgemeine Vorschriften	503
b) Gesetzliche Vorgaben zur Vorstandsvergütung	505
c) Vorstandsvergütungssystem	518
d) Sonstige Vorgaben zur Vorstandsvergütung	526
e) Gestaltungsmöglichkeiten	546
f) Vergütung durch Dritte	560
g) Offenlegung der Vorstandsvergütungen	560
4. Wettbewerbs- und Nebentätigkeitsverbote	566
a) Die gesetzlichen Wettbewerbsverbote, § 88 AktG	566
b) Wettbewerbsverbote zwischen Abberufung und Ende des Anstellungsvertrags	575
c) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	576
d) Nebentätigkeitsverbote	583
5. Sonstige Rechte und Pflichten	586
a) Auslagen- und Kostenersatz	586
b) Urlaub	588
c) Sabbatical	588

d) Teilzeit	590
e) Anspruch auf Zeugniserteilung	590
f) Treuepflicht	590
g) Verschwiegenheitspflicht	592
h) Pflicht zur Weiterarbeit unterhalb der Vorstandsebene	592
i) Vergütung nach Amtsniederlegung	593
6. Beendigung des Anstellungsverhältnisses	593
a) Verhältnis zum Widerruf der Bestellung	593
b) Beendigungsgründe	594
c) Abfindung	606
d) Übergangsgeld	607
e) Auskunfts- und Herausgabepflichten	608
f) Ruhegehalt und Ruhegehaltzusage	610
III. Exkurs: Votum der Hauptversammlung zum Vorstandsvergütungssystem und zum Vergütungsbericht (§ 120a AktG)	619
1. Votum zum Vorstandsvergütungssystem (§ 120a Abs. 1 bis 3 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG)	619
a) Zwingende regelmäßige Vorlage des Vorstandsvergütungssystems	619
b) Entscheidung der Hauptversammlung	623
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung	625
d) Rechtsfolgen einer Billigung durch die Hauptversammlung	625
e) Rechtsfolgen einer Ablehnung durch die Hauptversammlung	626
f) Auswahlermessen des Aufsichtsrats bei mehreren vorgelegten Vorstandsvergütungssystemen	628
g) Rechtsmittel gegen das Votum der Hauptversammlung?	629
h) Veröffentlichung des Votums der Hauptversammlung (§ 120a Abs. 2 AktG)	630
2. Herabsetzung der Maximalvergütung	631
a) Entscheidung der Hauptversammlung	631
b) Verhältnis zwischen der Billigung des Vorstandsvergütungssystems und der Herabsetzung der Maximalvergütung	633
c) Wirkungen einer Herabsetzung	634
d) Grenzen der Herabsetzung	635
e) Laufende Anstellungsverträge bleiben unberührt	635
f) Aufnahme von Änderungsvorbehalten in Neuverträge?	636
g) Verstöße des Aufsichtsrats gegen die herabgesetzte Maximalvergütung	636
h) Anfechtung eines Herabsetzungsbeschlusses	637
i) Anfechtung der Ablehnung einer Herabsetzung?	638
3. Votum zum Vergütungsbericht (§ 120a Abs. 4 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG)	638
a) Erstellung, Prüfung und Vorlage des Vergütungsberichts	638
b) Entscheidung der Hauptversammlung über die Billigung	639
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung	640
d) Ausschluss der Anfechtbarkeit	641
e) Erleichterung für kleine und mittelgroße Gesellschaften – bloße Erörterung des Vergütungsberichts (§ 120a Abs. 5 AktG)	641
f) Veröffentlichung des Vergütungsberichts und des Votums zum Vergütungsbericht, handelsrechtliche Offenlegung der Vergütung	641
4. Übergangsrecht	642
5. Nicht börsennotierte Gesellschaften	643
6. Börsennotierte KGaA	643
a) Vorstandsvergütungssystem	643
b) Vergütungsbericht	645
IV. D&O	646
1. Entscheidungskompetenz für Abschluss der D&O-Versicherung	646
2. Vertretungsbefugnis im Außenverhältnis zum Versicherer	648
3. Pflicht zum Abschluss einer D&O-Versicherung	648
a) Aufgrund ausdrücklicher Regelung im Dienstvertrag	648
b) Aus Fürsorgepflicht oder Treuepflicht gegenüber Organmitglieder	649
c) Pflicht zum D&O-Abschluss als Korrelat zur Abschlusskompetenz	650
4. Verpflichtung zu fortbestehendem D&O-Versicherungsschutz	650
a) Verhältnis zur Nachmeldung	650

Inhaltsverzeichnis

b) Versicherungsschutz im Insolvenzfall der Versicherungsnehmerin	651
c) Inhaltliche Änderungen des D&O-Versicherungsschutzes	652
d) Vertragliche Absicherung	652
5. Berücksichtigung von D&O-Aspekten im Rahmen der ARAG/Garmenbeck-Doktrin	653
a) Erfolgsaussichten hinsichtlich der D&O-Deckung	653
b) Entgegenstehende Gründe	657
6. Geltendmachung und Sicherung der Deckungsansprüche	658
a) Gefahr der Verschlechterung der Rechtsposition gegenüber dem D&O-Versicherer	658
b) Umstandsmeldung	658
c) Deckungsklage gegen D&O-Versicherer	659
d) Direktklagen gegen D&O-Versicherer	660
e) Prozessuale und prozesstaktische Aspekte einer Direktklage	663
f) Zustimmungserfordernisse und rechtliche Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit	663
V. Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 77 Abs. 2 AktG)	664
1. Zuständigkeit	664
a) Unentziehbare Primärzuständigkeit des Aufsichtsrats und Subsidiärzuständigkeit des Vorstands	664
b) Regelung von Einzelfragen durch die Satzung	665
c) Rechtsfolgen bei fehlender Erlasskompetenz	666
2. Pflicht zum Erlass einer Geschäftsordnung?	668
3. Verfahren	669
a) Vorstand	669
b) Aufsichtsrat	669
4. Formerfordernis	670
a) Vorstand	670
b) Aufsichtsrat	670
5. Vorgaben an den Regelungsumfang, Rahmen-Geschäftsordnung	671
6. Geltungsdauer	671
a) Inkrafttreten	671
b) Rückwirkung?	672
c) Außerkrafttreten	672
d) Auswirkungen personeller Veränderungen	672
7. Bindungswirkung	673
a) Allgemeine Bestimmungen	673
b) Personen- und objektbezogene Bestimmungen	673
c) Persönliche Verhaltenspflichten der Vorstandsmitglieder	674
8. Geschäftsverteilung	674
a) Grenzen der Geschäftsverteilung	674
b) Verantwortlichkeit und Haftung der Vorstandsmitglieder	679
c) Voraussetzungen einer wirksamen Geschäftsverteilung	681
d) Bezeichnung der Geschäftsbereiche	683
e) Geschäftverteilungsplan	683
f) Gestaltungsformen der Geschäftsverteilung und Entscheidung des Aufsichtsrats	683
g) Änderung der Geschäftsverteilung	684
h) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen gesellschaftsrechtliche oder anstellungsvertragliche Vorgaben	685
9. Mögliche weitere Regelungsgegenstände	687
a) Geschäftsführungsbefugnis, Zuständigkeit des Gesamtvorstands	687
b) Vertretungsbefugnis	688
c) Vorstandssitzungen	689
d) Beschlussfähigkeit	689
e) Beschlussteilnahme abwesender Vorstandsmitglieder	690
f) Mehrheitserfordernisse	691
g) Form der Beschlussfassung	691
h) Vorstandsvorsitzender, „Vorstandssprecher“	691
i) Stichentscheid, Vetorecht	692
j) Vorstandsausschüsse	694

k) Berichte des Vorstands (§ 90 AktG)	694
l) Umsetzung von Vorgaben des DCGK	694
m) „Programmsätze“, Wiedergabe und Konkretisierung gesetzlicher Pflichten	695
n) Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats	695
10. Auslegung der Geschäftsordnung	695
11. Änderung und Durchbrechung der Geschäftsordnung	695
a) Änderung und Durchbrechung durch den Vorstand	695
b) Änderung durch den Aufsichtsrat	696
12. Verstöße gegen die Geschäftsordnung	697
13. Offenlegung der Geschäftsordnung	697
VI. Abschlussprüfer	697
1. Einleitung: Funktion des Abschlussprüfers, zwingende und freiwillige Prüfungen	697
a) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht	698
b) Halbjahresfinanzberichte, unterjährige Finanzinformationen	698
c) Berichterstattung zur Corporate Social Responsibility	700
2. Verfahrensablauf zur Bestellung und Beauftragung des Abschlussprüfers	700
3. Auswahl des Abschlussprüfers	700
a) Zuständigkeit des Prüfungsausschusses	700
b) Geeignete Abschlussprüferkandidaten	700
4. Bei der Auswahl zu berücksichtigende Besonderheiten für Unternehmen von öffentlichem Interesse (PIEs)	704
a) PIE	704
b) Einschränkung von Nichtprüfungsleistungen (Art. 5 Abschlussprüfer-VO)	704
c) Auswahl des Abschlussprüfers des PIEs	708
d) Zeitliche Grenzen der Bestellung derselben Abschlussprüfers bei PIEs (Zwang zur externen Rotation)	711
e) Interne Rotation	713
5. Vorschlag des Prüfungsausschusses	713
6. Wahlvorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung	713
7. Beauftragung des Abschlussprüfers	714
8. Haftung des Abschlussprüfers, Abberufung	715
D. Vertretungskompetenz	716
I. Reichweite des § 112 AktG	716
1. Einleitung	716
a) Inhalt und Zweck	716
b) Normcharakter	716
c) Umfang	716
d) Konkurrenz zu anderen Vorschriften	717
2. Anwendungsbereich	718
a) Persönlicher Anwendungsbereich	718
b) Sachlicher Anwendungsbereich	726
c) Wissenszurechnung	727
3. Ausübung der Vertretungsmacht	728
a) Willensbildung	728
b) Willensäußerung	730
c) Nachweis	731
4. Mängel der Vertretungsmacht	732
a) Prozessuale Folgen	732
b) Materiell-rechtliche Folgen	733
II. Anspruchsverfolgung gegenüber Vorstandsmitgliedern	734
1. Kompetenz des AR in Abgrenzung zu HV und Vorstand	734
a) § 93 Abs. 4 AktG	734
b) §§ 147, 148 AktG	736
c) Initiativrecht der Hauptversammlung zur Herbeiführung eines Vergleichs/Verzichts analog § 83 AktG?	736
d) Besonderer Vertreter	737
e) Vertretungskompetenz gegenüber aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern	738
f) Witwen und Waisen	738

Inhaltsverzeichnis

g) Fehlerhafte Bestellung und Haftung	738
2. Objektiver Pflichtverstoß	738
a) Sorgfälts- und Treuepflicht	739
b) Tun oder Unterlassen	740
c) Organisation, Ressortprinzip, Delegation und Überwachung	740
d) Compliance-System	742
e) Konsensprinzip und Mehrheitsbeschlüsse, Folgen für Haftung	743
f) Beobachtungs- und Prüfungspflicht, insbes. Legalitätspflicht und „Business Judgment Rule“	744
g) Kapitalschutz	747
h) Massesicherungs- und Insolvenzantragspflicht	747
i) Transparente Information im Vorstand und gegenüber dem Aufsichtsrat	749
j) Kompetenzverstoß	749
3. Verschulden	750
a) Maßstäbe, auch wg D&O	750
b) Haftungsreduzierung?	751
c) Tatsachen- und Rechtsirrtum	752
d) Einholung von (Rechts)Rat (ISION)	752
4. Schaden	753
a) Vermögensschaden	753
b) Bußgeld als Schaden	754
c) Schmiergeldzahlungen	755
d) Soziale Aufwendungen	755
e) Schädigung einer Tochtergesellschaft	756
f) Vorteilsausgleich	756
5. Kausalität	757
a) Ursachen-zusammenhang	757
b) Rechtmäßiges Alternativverhalten	757
c) Kollegialentscheidungen	758
d) Kompetenzverstoß und Kausalität	758
6. Darlegungs- und Beweislast	758
a) Grundsatz	758
b) Auch bei Witwen und Waisen und Rechtsnachfolge?	759
c) Dokumenten-Zugang für Vorstandsmitglied bei Inanspruchnahme	759
7. ARAG-Carmenbeck-Doktrin	759
8. Gesamtschuld	762
a) Grundlagen	762
b) Innenausgleich	763
c) „Kreiselregress“	763
9. Verjährung	764
a) Beginn	764
b) Hemmung der Verjährung – andere Sicherungsmaßnahmen	765
c) Verjährn lassen?	766
10. Verzicht und Vergleich (§ 93 Abs. 4 S. 3 AktG)	766
11. Andere Anspruchsgesetzlagen als § 93 AktG	768
 E. Mitwirkungskompetenz	769
I. Entsprechenserklärung und DCGK	769
1. Entsprechenserklärung, § 161 AktG	769
a) Allgemeines	769
b) Beschlusskompetenz	770
c) Beschlussfassung	771
d) Erklärungsinhalt	772
2. Folgen fehlerhafter Beschlüsse	774
a) Gründe für die Fehlerhaftigkeit	774
b) Anfechtbarkeit von Beschlüssen	774
c) Haftung	776
d) Ordnungswidrigkeiten und Strafbarkeitsrisiken	777
3. DCGK	777
a) Zweck und Ziel	777

b)	Rechtsnatur	778
c)	Inhalt	778
d)	Erhöhte Anforderungen durch Novellen	779
II.	Anmeldungen durch den Aufsichtsrat	781
1.	Keine originären Anmeldepflichten	781
2.	Mitwirkungspflichten	781
a)	Kapitalerhöhungen	781
b)	Kapitalherabsetzungen	782
3.	Rechtsfolgen bei Verstößen	783
III.	Aufgaben, sonstige besondere Aufgaben, Hauptversammlungsleitung	783
1.	Erfordernis und Bestimmung des Versammlungsleiters	783
2.	Abwahl des Versammlungsleiters, Niederlegung des Amtes	784
a)	Durch die Hauptversammlung gewählter Versammlungsleiter	784
b)	Durch die Geschäftsordnung bestimmter Versammlungsleiter	784
c)	Satzungsmäßig bestimmter Versammlungsleiter	785
d)	Gerichtlich bestimmter Versammlungsleiter	786
e)	Abstimmung über die Abwahl	786
f)	Niederlegung der Versammlungsleitung	786
3.	Die Aufgaben und Kompetenzen des Versammlungsleiters sowie die von ihm bei deren Wahrnehmung zu beachtenden Grundsätze	787
4.	Aufgaben vor der Hauptversammlung	787
5.	Aufgaben in und Ablauf der Hauptversammlung sowie deren Abbildung im Leitfaden (Überblick)	788
a)	Typischer Ablauf der Hauptversammlung	788
b)	Bestimmung und Einhaltung des Zeitrahmens	789
c)	Teilnehmerverzeichnis	790
d)	Unterbrechung der Hauptversammlung	790
6.	Besondere Aufgaben in der (General-)Debatte	790
a)	Bestimmung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte und der Redner in der Debatte	790
b)	Maßnahmen zur Beschleunigung der Debatte	791
c)	Umgang mit Anträgen von Aktionären	793
7.	Aufgaben im Zusammenhang mit der Abstimmung und der Ergebnisverkündung mit Beschlussfeststellung	795
a)	Festlegung der vorzunehmenden Abstimmungen	795
b)	Abstimmungsverfahren	796
c)	Abstimmungsreihenfolge	796
d)	Ergebnisermittlung	797
e)	Ergebnisverkündung, Beschlussfeststellung	798
8.	Schließung der Hauptversammlung	798
9.	Ordnungsmaßnahmen	798
10.	Mögliche Aufgaben des Versammlungsleiters nach der Hauptversammlung (Unterzeichnung der Niederschrift)	799
11.	Haftung des Versammlungsleiters	799
IV.	Mitwirkung des Aufsichtsrats an gerichtlichen Verfahren	800
1.	Verfahren über Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen und damit zusammenhängende Freigabeverfahren	800
2.	Verfahren über die Bestellung oder Auswechselung eines Sonderprüfers	802
3.	Verfahren durch oder gegen vom Aufsichtsrat eingeschaltete (Hilfs-)Personen und über entsprechende Hilfsgeschäfte	802
V.	Mitwirkung an Kapitalerhöhungen aus genehmigtem Kapital	803
1.	Zustimmung über das „Ob“ der Kapitalerhöhung	803
2.	Zustimmung über das „Wie“ der Kapitalerhöhung	803
VI.	Mitwirkung an Satzungsänderungen	804
VII.	Gespräche mit Investoren	806
1.	Rechtlicher Rahmen	806
a)	Aktienrechtliche Kompetenzordnung	806
b)	Zulässige Gesprächsinhalte	807
c)	Insiderrecht	808
d)	Verschwiegenheitspflicht	808

Inhaltsverzeichnis

e) Gleichbehandlungsgrundsatz	809
f) Nachinformationsanspruch nach § 131 Abs. 4 AktG	810
2. Einbindung des Vorstands	810
3. Unterrichtung des Aufsichtsrats	811
F. Sonderprüfer	811
I. Allgemeines	811
1. Überblick	811
2. Prüfungsgegenstand	812
3. Abgrenzung von anderen Prüfungen	813
a) Informelle „Sonderprüfung“	813
b) Insolvenzverwaltung	814
c) Besonderer Vertreter	814
d) Abschlussprüfung	814
II. Bestellung des Sonderprüfers	815
1. Bestellung durch Hauptversammlungsbeschluss, § 142 Abs. 1 AktG	815
a) Ankündigung in der Tagesordnung und Beschlussvorschlag	815
b) Antrag und Beschlussfassung	816
c) Stimmverbote	816
d) Beschlussinhalt	819
e) Rechtsfolgen fehlerhafter Beschlüsse	820
2. Gerichtliche Bestellung auf Antrag einer Minderheit, § 142 Abs. 2 AktG	821
a) Formelle Voraussetzungen	821
b) Materielle Voraussetzungen	821
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts	827
3. Gerichtliche Bestellung eines anderen Sonderprüfers, § 142 Abs. 4 AktG	828
a) Formelle Voraussetzungen	828
b) Materielle Voraussetzungen	829
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts	830
4. Neubestellung bei nachträglichem Wegfall des Sonderprüfers	830
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer	830
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer	832
5. Widerruf der Bestellung	833
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer	833
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer	833
III. Stellung des Sonderprüfers	834
1. Rechtsstellung	834
2. Person des Sonderprüfers, § 143 AktG	834
a) Eignung als Sonderprüfer, § 143 Abs. 1 AktG	834
b) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 1 AktG	835
c) Bestellungsverbote, § 143 Abs. 2 AktG	835
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 2 AktG	836
3. Verantwortlichkeit des Sonderprüfers, § 144 AktG	838
4. Vergütung des Sonderprüfers	838
IV. Durchführung der Sonderprüfung	839
1. Rechte des Sonderprüfers	839
a) Einsichts- und Prüfungsrecht, § 145 Abs. 1 AktG	839
b) Auskunftsrecht, § 145 Abs. 2 AktG	840
2. Durchsetzung der Prüferrechte	842
a) Klage	842
b) Zwangsgeld	843
c) Schadensersatz	843
3. Sonderprüfungsbericht	843
a) Berichtsinhalt	843
b) Pflichten des Vorstands	844
V. Kosten	845
1. Kostentragung der Gesellschaft im Außenverhältnis	845
a) Kosten der Sonderprüfung	845
b) Verfahrenskosten	845
2. Ersatzansprüche der Gesellschaft im Innenverhältnis	845

G.	Besonderer Vertreter (§ 147 AktG)	846
	I. Grundlagen	846
	1. Ersatzansprüche der Gesellschaft	846
	2. Geltendmachungsbeschluss	848
	3. Pflicht zur Geltendmachung	849
	II. Bestellung eines besonderen Vertreters	849
	1. Person des besonderen Vertreters	849
	2. Bestellung durch Hauptversammlung	850
	3. Gerichtliche Bestellung	850
	a) Voraussetzungen	850
	b) Verfahren	851
	c) Entscheidung	851
	d) Beschwerde	852
	III. Rechtsstellung des besonderen Vertreters	852
	1. Organstellung	852
	2. Vertragsverhältnis	853
	3. Aufgaben	853
	a) Ermittlung des Sachverhalts	853
	b) Prüfung der Ersatzansprüche	854
	c) Durchsetzung	854
	d) Anspruchsabwehr	855
	e) Keine Befugnis zur Erhebung von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen	855
	4. Rechte	856
	a) Ermittlungsbefugnisse: Auskunfts- und Einsichtsrecht	856
	b) Vertretungsbefugnis	857
	c) Teilnahme an Hauptversammlung	858
	d) Vergütung und Ersatz von Auslagen	858
	5. Pflichten	860
	a) Sorgfaltspflichten	860
	b) Treuepflichten	860
	c) Berichts- und Auskunftspflichten	860
	d) (Keine) Weisungsabhängigkeit	861
	e) Haftung	862
	6. Beendigung der Bestellung	862
	a) Niederlegung	862
	b) Abberufung durch die Hauptversammlung	862
	c) Abberufung durch das Gericht	863
	d) Automatische Beendigungsgründe	863
	e) Gleichzeitige Beendigung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses	864
H.	Externes Monitorship	864
	I. Vorbemerkung	864
	II. US-Monitorship	865
	1. Rechtlicher Rahmen	866
	2. Vergleiche mit US-Behörden	866
	a) Strafrechtlicher Vergleich	866
	b) Zivilrechtlicher Vergleich	867
	c) Vereinbarung eines US-Monitorship im Vergleich	867
	3. Abgrenzung zum Auditor	868
	4. Auswahl des Monitors	868
	a) Anforderungsprofil	868
	b) Auswahlverfahren	868
	5. Beziehung zwischen Monitor und Unternehmen	869
	a) Ziele des Monitorship	870
	b) Befugnisse des Monitors	870
	c) Vertraulichkeit der Monitor-Berichte	871
	d) Pflichten des Unternehmens	872
	6. Möglicher Ablauf eines US-Monitorship	872
	a) Laufzeit	872
	b) Phasen	873

Inhaltsverzeichnis

c) Arbeitsweise eines Monitors	874
7. Folgen bei Erfolg und Scheitern des <i>Monitorship</i>	875
III. US-Monitorship in der deutschen Aktiengesellschaft	876
1. Stellung des Monitors im gesellschaftsrechtlichen Gefüge der AG	876
a) Verhältnis zu Vorstand und Aufsichtsrat	876
b) Abgrenzung zum aktienrechtlichen Sonderprüfer, besonderen Vertreter sowie aufsichtsrechtlichen Sonderbeauftragten	877
c) Rolle des Aufsichtsrats	877
d) Haftung	878
2. Aufbau einer Monitorship-Struktur	878
3. Konfliktpotenzial	879
a) Betriebliche Spannungsfelder	879
b) Umsetzung der Monitor-Empfehlungen	879
IV. Exkurs: „Sachkundige Stelle“ im deutschen Verbandssanktionsrecht	882
1. Sachkundige Stelle gemäß § 13 Abs. 2 VerSanG-E	883
2. Vergleich zum US-Monitorship	884
3. Fazit	884
 § 5 Pflichten und Sanktionen	
I. Kapitalmarktrechtliche Pflichten des Aufsichtsrats	886
1. Sorgfarts- und Verhaltenspflichten des Aufsichtsrats	886
a) Die kapitalmarktrechtliche Primärverantwortung des Vorstands	886
b) Kapitalmarktrechtliche Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat	888
c) Einbindung des Aufsichtsrats in insiderrelevante Sachverhalte	888
d) Eigene Organisationspflichten im Rahmen des Kapitalmarkt-Compliance-Systems	907
2. Persönliche Sorgfarts- und Verhaltenspflichten der Aufsichtsratsmitglieder	908
a) Beachtung der Insiderverbote	908
b) Verhaltenspflichten bei Managers' Transactions	911
II. Entlastungsverweigerung	914
1. Entscheidung der Hauptversammlung über die Entlastung	915
2. Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats	916
III. Abberufung	918
IV. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder	918
1. Grundlagen (§ 116 AktG)	918
a) Verweisung auf § 93 AktG	919
b) Andere Aufgaben und Stellung („sinngemäß“)	919
c) Vertretungskompetenz	920
2. Pflichtverstoß	921
a) Generelle Überwachung	921
b) Überwachung in konkreter Situation	922
c) Objektiver Pflichtverstoß	922
d) Verschulden	923
3. Schaden, Kausalität, Darlegungs- und Beweislast, Gesamtschuld, Verjährung, Verzicht und Vergleich	923
4. Geltendmachung von Regressansprüche gegen den Aufsichtsrat	924
5. Andere Anspruchsgrundlagen	924
 § 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	
I. Vergütung (§ 113 AktG)	927
1. Rechtsgrundlage des Vergütungsanspruchs, ausschließliche Zuständigkeit der Hauptversammlung (§ 113 Abs. 1 AktG)	927
a) Zwecke der ausschließlichen Hauptversammlungszuständigkeit	928
b) Kein vertragliches Anstellungsverhältnis	928
c) Drittvergütung?	929
d) Vergütungsentscheidung der Hauptversammlung	930
e) Formale Vorgaben für die Vergütungsfestsetzung durch die Hauptversammlung	930

2. Arten der Vergütung	931
a) Feste und variable (erfolgsorientierte) Vergütung	931
b) Sachleistungen	933
c) Sitzungsgeld	933
d) D&O-Versicherung	935
e) Sondervergütungen	936
3. Angemessenheit der Vergütung (§ 113 Abs. 1 S. 3 AktG)	937
a) Maßstab	937
b) Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage	938
c) Registergerichtliche Prüfung	938
d) Zahlungsanspruch der Aufsichtsratsmitglieder	939
4. Gleichbehandlung	939
5. Regelmäßiger Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften (§ 113 Abs. 3 AktG)	940
a) Einheitlicher Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem	940
b) Teilausschluss der Anfechtbarkeit	944
c) Veröffentlichung	944
d) Vergütungsbericht (§ 162 AktG)	944
e) Übergangsrecht	945
f) Börsennotierte KGaA	945
g) Unanwendbarkeit der Regelungen für Related Party Transactions	945
h) Nicht börsennotierte Gesellschaften	946
6. Entstehung und Fälligkeit der Vergütung	946
7. Einreden und Einwendungen	947
a) Untätigkeit	947
b) Zurückbehaltungsrecht	947
c) Verjährung	947
8. Verfügungen über den Vergütungsanspruch – insbes. Verzicht und Abführung an Dritte	947
9. Änderung der Vergütung	948
a) Änderungen für die Zukunft	948
b) Rückwirkende Erhöhung der Vergütung	948
c) Rückwirkende Herabsetzung der Vergütung	949
10. Vergütungsanspruch bei (vorübergehendem) Ausscheiden	950
11. Erster Aufsichtsrat (§ 113 Abs. 2 AktG)	951
12. Insolvenz, Abwicklung, Umwandlung, Gewinnabführungsvertrag, Beherrschungsvertrag	951
13. Vergütung für Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende	952
14. Folgen unzulässiger Vergütung	952
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds	952
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Vergütung	953
c) Vergütungsbeschluss der Hauptversammlung als „nachteilige Veranlassung“ im faktischen AG-Konzern?	954
15. Steuerrechtliche Gesichtspunkte	955
a) Einkommensteuer	955
b) Umsatzsteuer	955
16. Sozialversicherungsrechtliche Gesichtspunkte	957
II. Auslagenersatz	958
1. Rechtsgrundlage	958
2. Art und Angemessenheit der Auslagen	959
a) Maßstab für die Beurteilung der Angemessenheit der Auslagen	959
b) Erstattungsfähige Auslagen	960
c) Insbesondere: Auslagenersatz im Zusammenhang mit dienstlichen Terminen	961
d) Einsichts- und Prüfungsrechte, Antrags- und Klagebefugnisse, Passivprozesse und -verfahren, Geldauflagen, Geldbußen, Geldstrafen	965
e) Aus- und Fortbildung, Amtseinführung („Onboarding“), Berater einzelner Aufsichtsratsmitglieder	966
f) Einkommenseinbußen und Ertragsausfall	968

Inhaltsverzeichnis

3. Büro des Aufsichtsrats oder des Aufsichtsratsvorsitzenden, Mitarbeiter, Dienstwagen	968
a) Grundsatz	968
b) Private Mitnutzung?	970
4. Nachweis der Auslagen	970
5. Vorschuss und Freistellung	970
6. Auslagenersatz für künftige und ehemalige Aufsichtsratsmitglieder sowie Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende	971
7. Entscheidung über die Angemessenheit der Auslagen	972
a) Meinungsstand	972
b) Stellungnahme	972
c) Vorgaben für die Beurteilung der Angemessenheit	974
8. Rechtsstreit über die Erstattung von Auslagen	974
9. Folgen bei unzulässiger Gewährung von Auslagenersatz	975
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds	975
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Gewährung von Auslagen	975
10. Budgetrecht des Aufsichtsrats?	976
a) Meinungsstand	976
b) Stellungnahme	977
III. Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder	978
1. Darf die AG Aufsichtsratsmitgliedern Geschenke zuwenden?	978
2. Wer entscheidet über Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder?	978
IV. Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	979
1. Keine Verträge über bereits aufgrund des Aufsichtsratsmandats geschuldete Tätigkeiten	980
a) Abgrenzung nach Art der Tätigkeit	980
b) Insbesondere: Beratung des Vorstands	981
c) Tagesgeschäft	981
d) Beratung des Aufsichtsrats?	982
e) Rechtsfolgen	982
f) Empfehlung	983
2. Zustimmungsvorbehalt zu Dienst- und Werkverträgen über Tätigkeiten höherer Art (§ 114 AktG)	983
a) Reichweite des Zustimmungsvorbehalts	983
b) Zustimmungsentscheidung des Aufsichtsrats	986
c) Offenlegung	989
d) Rechtsfolgen im Fall eines Verstoßes gegen § 114 AktG	989
e) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit Verträgen iSd § 114 AktG	991
3. Zustimmungsvorbehalt zur Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder (§ 115 AktG)	992
a) Inhalt und Normzweck	992
b) Erfasste Kredite	992
c) Einwilligungsentscheidung des Aufsichtsrats	993
d) Publizität	994
e) Rechtsfolgen bei fehlender Einwilligung	994
f) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder	994
g) Kredite an Aufsichtsratsmitglieder von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	996
§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat	
I. Einleitung	1002
1. Funktion der Unternehmensmitbestimmung	1002
2. Historie der Unternehmensmitbestimmung	1002
3. Grundsätze	1003
a) Monistisches System und dualistisches System	1003
b) Arbeitnehmerbeteiligung an der Unternehmensmitbestimmung	1004
c) Corporate Governance	1004

4. Mitbestimmung im Konzern	1004
II. Mitbestimmungsgesetz	1005
1. Grundlagen	1005
2. Anwendungsbereich	1005
a) Erfasste Unternehmen	1005
b) Ausnahmen	1013
3. Besonderheiten bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1014
a) Bildungzwang	1014
b) Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1014
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats	1017
a) Anteilseignervertreter	1017
b) Arbeitnehmervertreter	1017
c) Beendigung des Mandats	1022
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsratstätigkeit	1024
a) Grundsatz	1024
b) Herausgehobene Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden (und seines Stellvertreters), § 27 MitbestG	1024
c) Beschlussfassung im mitbestimmten Aufsichtsrat	1027
d) Bestellung und Widerruf der Bestellung der Mitglieder des geschäftsführenden Organs	1031
e) Der Arbeitsdirektor, § 33 MitbestG	1040
f) Ständiger Ausschuss	1049
g) Ausübung von Beteiligungsrechten durch den Aufsichtsrat, § 32 MitbestG	1051
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes (§ 37 MitbestG)	1059
a) Verhältnis zu §§ 97–99 AktG	1059
b) Satzungsanpassung (§ 37 Abs. 1 S. 2 MitbestG)	1059
c) Erstmalige Anwendung der §§ 25–29, 31–33 MitbestG (§ 37 Abs. 2 MitbestG)	1061
d) Widerruf der Bestellung des geschäftsführenden Organs (§ 37 Abs. 3 MitbestG)	1062
7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 26 MitbestG)	1063
a) Zweck und Struktur des § 26 MitbestG	1063
b) Behinderungsverbot	1064
c) Benachteiligungsverbot	1067
d) Begünstigungsverbot?	1069
e) Rechtsfolgen und Streitigkeiten	1069
III. Drittelpartizipationsgesetz	1070
1. Grundlagen	1070
2. Anwendungsbereich	1071
a) Erfasste Unternehmen	1071
b) Ausnahmen	1073
3. Besonderheiten bei Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats	1073
a) Bildungzwang	1073
b) Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1073
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats	1074
a) Anteilseignervertreter	1074
b) Arbeitnehmervertreter	1074
c) Beendigung des Mandats	1076
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsratstätigkeit	1076
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes	1078
7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 9 DrittelpG)	1078
IV. Mitbestimmung auf europäischer Ebene	1078
1. Unionsrechtliche Rahmenbedingungen der Mitbestimmung	1078
2. Mitbestimmung in der Societas Europaea	1079
a) Rechtliche Grundlagen	1079
b) Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat?	1080
c) Arbeitsdirektor?	1081
d) Bedeutung des Statusverfahrens	1082
3. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen (MgVG)	1083

Inhaltsverzeichnis

V. Vertragliche Gestaltung der Mitbestimmung (Mitbestimmungsverträge)	1084
1. Disposition über die Mitbestimmungsregelungen	1084
2. Erweiterung der Mitbestimmung	1085
a) Vertragliche Vereinbarung eines Mitbestimmungsregimes	1085
b) Vertragliche Vereinbarung eines anderen Mitbestimmungsregimes?	1085
c) Vertragliche Vereinbarung innerhalb eines geltenden Mitbestimmungsregimes?	1086
3. Praktische Handhabung	1086
a) Wahl von Arbeitnehmervertretern auf die Bank der Anteilseigner	1087
b) Vertragliche Umsetzung	1087
VI. Statusverfahren (§§ 97–99 AktG)	1087
1. Bedeutung des Statusverfahrens	1087
2. Anwendungsbereich des Statusverfahrens	1088
3. Außergerichtliches Statusverfahren	1090
a) Abgrenzung zum gerichtlichen Statusverfahren nach § 98 AktG	1090
b) Relevante Fragen der Zusammensetzung des Aufsichtsrats	1091
c) Verfahren der Bekanntmachung	1092
d) Wirkung der Bekanntmachung	1095
4. Gerichtliches Statusverfahren	1099
a) Einleitung des Gerichtsverfahrens	1099
b) Antragsberechtigung	1100
c) Verfahren	1102
d) Wirksamkeit und Rechtsfolgen der Entscheidung	1106
 § 8 Aufsichtsrat im Konzern	
I. Einleitung	1108
II. Die Stellung des Aufsichtsrats im Konzern	1108
1. Der Begriff des Konzerns	1108
a) Der Unterordnungskonzern	1108
b) Der Gleichordnungskonzern	1109
c) Keine eigene Rechtsform	1109
2. Aufsichtsrat der Obergesellschaft	1110
3. Aufsichtsrat der Untergesellschaft	1110
4. Interessenausrichtung	1110
III. Personelle Verflechtungen zwischen Ober- und Untergesellschaft	1112
1. Mehrfachmandate im Konzern	1112
2. Interessenkonflikte bei Mehrfachmandaten	1114
a) Vertragliche Weisungsrechte gegenüber entsandten Aufsichtsratsmitgliedern	1115
b) Stimmverbote	1116
c) Stimmennenthaltung	1118
d) Amtsniederlegung und Abberufung	1118
IV. Spezifische Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats im Konzern	1119
1. Aufsichtsrat der Obergesellschaft	1119
a) Überwachungs- und Kontrollaufgaben als Folge der erweiterten Aufgaben des Vorstands	1119
b) Weitere konzernspezifische Aufgaben des Aufsichtsrats	1128
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente	1136
2. Aufsichtsrat der Untergesellschaft	1144
a) Überwachungsgegenstand und Überwachungsauftrag	1144
b) (Konzernspezifische) Berichterstattung und Berichtsprüfung	1146
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente	1147
 § 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen	
I. Aufsichtsrat in der KGaA	1153
1. Vorbemerkung	1153
2. Allgemeines zum Aufsichtsrat in der KGaA	1154
a) Zusammensetzung	1154
b) Persönliche Voraussetzungen	1154
c) Wahl und Abberufung	1156
d) Innere Ordnung, Vergütung und Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern	1159

3. Rechtsstellung des Aufsichtsrats in der KGaA	1160
a) Kompetenzen des Aufsichtsrats in der KGaA	1160
b) Einschränkungen im Vergleich zum Aufsichtsrat in der AG	1165
c) Gestaltungsspielräume in der Satzung	1167
4. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder in der KGaA	1170
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft	1170
b) Haftung gegenüber Dritten	1171
II. Aufsichtsrat in der Societas Europaea (SE) oder Europäische Aktiengesellschaft	1171
1. Rechtsgrundlagen und Regelungstechnik	1171
a) Rechtsgrundlagen	1171
b) Rechtsquellenpyramide	1171
2. Struktur der SE	1172
a) Grundstruktur	1172
b) Dualistisches Modell	1172
c) Monistisches Modell	1173
3. Aufsichtsrat im dualistischen Modell	1173
a) Zusammensetzung	1173
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung	1175
c) Innere Ordnung	1177
d) Aufgaben	1178
e) Rechte	1179
f) Haftung des Aufsichtsorgans	1180
4. Verwaltungsrat im monistischen Modell	1180
a) Zusammensetzung	1180
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung	1181
c) Innere Ordnung	1182
d) Aufgaben	1182
e) Rechte	1183
f) Haftung des Verwaltungsrats	1183
III. GmbH	1184
1. Der fakultative Aufsichtsrat der GmbH	1184
a) Rechtliche Grundlagen	1184
b) Abgrenzung zu anderen Organen der Gesellschaft	1187
c) Aufgaben und Kompetenzen	1187
d) Bildung und Abschaffung	1188
e) Bestellung und Abberufung	1189
f) Rechte und Pflichten der Mitglieder	1191
g) Innere Ordnung	1193
2. Der Beirat der GmbH	1195
a) Rechtliche Grundlagen	1195
b) Abgrenzung zu fakultativem Aufsichtsrat und sonstigen Organen	1195
c) Bildung und Abschaffung – Aufgaben und Kompetenzen	1196
d) Bestellung und Abberufung	1196
e) Rechte und Pflichten der Mitglieder	1196
f) Innere Ordnung	1196
IV. Aufsichtsrat in der Genossenschaft	1196
1. Rechtsgrundlagen und Struktur	1196
a) Rechtsgrundlagen	1196
b) Struktur	1197
2. Aufsichtsrat in der Genossenschaft	1197
a) Zusammensetzung	1197
b) Rechtliche Stellung und Vergütung	1199
c) Innere Ordnung	1200
d) Aufgaben und Befugnisse	1201
e) Pflichten und Rechtsfolgen	1203
3. Zusammenarbeit mit dem Prüfungsverband	1204

Inhaltsverzeichnis

§ 10 Der Aufsichtsrat in der Corona-Krise

I. Erweiterte Kompetenzen im Vorfeld der Hauptversammlung	1206
1. Corona-bedingte Erleichterungen für die Durchführung von Hauptversammlungen	1206
a) Online-Optionen ohne Satzungsgrundlage	1206
b) Virtuelle Hauptversammlungen	1207
c) Verkürzung von Einberufungs- und anderen Fristen	1213
d) Abschlagszahlungen auf den Bilanzgewinn ohne Satzungsgrundlage	1214
e) Verlängerung der Frist für die Durchführung der ordentlichen Hauptversammlung	1215
2. Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats	1215
a) Inhaltliche Reichweite	1215
b) Zeitpunkt der Zustimmung	1216
c) Entscheidungsmaßstab	1217
d) Verfahrensmodalitäten	1218
e) Rechtsfolgen fehlender Aufsichtsratszustimmung	1218
f) Besonderheiten bei der SE	1219
II. Mitwirkung an Kapitalisierungsmaßnahmen	1220
1. Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Stabilisierungsfondsgesetz	1220
a) Allgemeine Anforderungen für Stabilisierungsmaßnahmen nach dem StFG	1220
b) Garantien gemäß § 21 StFG	1221
c) Rekapitalisierung gemäß § 22 StFG	1222
2. Erleichterungen bei Kapitalaufnahmen	1223
a) Kapitalerhöhung gegen Einlagen	1224
b) Stille Gesellschaft	1226
c) Ausgabe von Genussrechten und Schuldverschreibungen	1227
d) Begleitregelungen	1227
Entscheidungsregister	1229
Sachverzeichnis	1273

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG